

Grundsatzprogramm der Schüler Union Bremen

1. Schulstrukturen

- 1.1 Schulsystem
- 1.2 Gymnasien
- 1.3 Oberschulen
- 1.4 Schulen in freier Trägerschaft
- 1.5 Ganztagschulen
- 1.6 Grundsätzliches Bildungsverständnis

2. Benotung

- 2.1 Notensysteme

3. Gymnasiale Oberstufe

- 3.1 Oberstufenstruktur
- 3.2 Verpflichtende Projektarbeit
- 3.3 Abitur

4. Sprache und Integration

- 4.1 Integration

5. Inklusion

6. Unterricht

- 6.1 Hochbegabtenförderung
- 6.2 Unterrichtsversorgung
- 6.3 Unterrichtsqualität
- 6.4 MINT-Förderung
- 6.5 Ausbau der Nutzung von E-Learning
- 6.6 Europa

1. Schulstrukturen

1.1 Schulsystem

Die Schüler Union Bremen befürwortet das zweigliedrige Schulsystem, das aus Oberschule und Gymnasium besteht und an denen sowohl die erweiterte Berufsbildungsreife, der mittlere Schulabschluss, als auch das Abitur erworben werden können. Voraussetzung für die Erlangung des Abiturs ist hierbei der Besuch der GyO. Die Etablierung einer Einheitsschule lehnen wir ab.

Eine Durchlässigkeit der Bildungsgänge, d.h. die Möglichkeit eines problemlosen Wechsels zwischen Oberschule und Gymnasium, erachten wir als unverzichtbar, insofern die Leistungen der betreffenden Schüler einen Wechsel rechtfertigen. Um einen reibungslosen Schulwechsel, insbesondere beim Wechsel auf eine andere GyO, zu gewährleisten, sollten im Falle von Defiziten im Lernstand des betreffenden Schülers Förderkurse verpflichtend sein.

Wir befürworten das Y-Modell, bei dem man sowohl nach 8 als auch nach 9 Jahren das Abitur absolvieren kann.

Das bestehende System sollte jedoch überprüft und überarbeitet werden.

Grundsätzliche Systemveränderungen fallen zu Lasten der Schülerschaft aus.

1.2 Gymnasien

Wir sehen Gymnasien als unverzichtbaren Bestandteil der Bildungslandschaft Bremens. Ihre angemessene und bedarfsgerechte Ausstattung muss zukünftig gesichert werden und gymnasiale Neugründungen müssen möglich sein. Des Weiteren sprechen wir uns für eine verstärkte Profilierung der Gymnasien in Bezug auf die Studiumsvorbereitung aus. Hierfür sehen wir es als sinnvoll an, die Versetzungsentscheidung zwischen den Jahrgangsstufen 5 bis 9 wieder einzuführen. Wir erachten es als wichtig, dass die Schüler frühzeitig lernen, einen gewissen Grad an Leistung zu erbringen, um zu bestehen und voranzukommen, da ihnen dieses im späteren Studium bzw. Berufsleben begegnen wird.

1.3 Oberschulen

Das erklärte Bildungsziel von Oberschulen ist neben dem Erwerb des Abiturs auch die erweiterte Berufsbildungsreife sowie der mittlere Schulabschluss. Deshalb erachten

wir die eigenständige Profilierung von Oberschulen in Bezug auf die verstärkte Berufsvorbereitung als sinnvoll. Um diese glaubhaft durchführen zu können, erachten wir es als richtig, das Sitzenbleiben in der Sekundarstufe I wieder einzuführen. Die Schüler sollten frühestmöglich mit einem gewissen Grad an Leistungsdruck umzugehen zu lernen, da sie diesem im späterem Berufsleben begegnen werden.

1.4 Schulen in freier Trägerschaft

Die Schüler Union Bremen fordert den Bremer Senat dazu auf, die Schulen in freier Trägerschaft nicht als elitäre Privatschulen diskreditieren. Dies geschieht vor allem durch das derzeitige Privatschulgesetz, welches zuletzt im Jahr 2014, mit Kürzungen der Mittel für die Schulen in freier Trägerschaft, geändert wurde, und sie somit elitarisiert. Wir fordern den Bremer Senat dazu auf, die Schulen in freier Trägerschaft ohne politisch verfärbte Sicht zu behandeln und das Privatschulgesetz zugunsten der Schulen in freier Trägerschaft zu verändern. Sie machen ein vielfältiges Schulsystem in Bremen aus. Mit ihren alternativen Schulformen bieten die Schulen in freier Trägerschaft oftmals eine Alternative für Schüler zum staatlichen System, in welchen ihnen der Schulstoff zugänglicher gemacht werden kann als an staatlichen Schulen.

1.5 Ganztagschulen

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu optimieren, spricht sich die Schüler Union Bremen für das Prinzip der Ganztagschulen in teilgebundener und offener Form aus. Wir halten es für sinnvoll, wenn Schülern und Eltern die Option geboten wird, im schulischen Rahmen die Freizeitangebote wahrzunehmen. Dabei sind wir der Auffassung, dass diese Angebote nicht verpflichtend sein sollten, sodass die Schüler die Möglichkeit haben, ihre Freizeit entsprechend ihrer eigenen Hobbies zu gestalten. Wir halten es außerdem für zumutbar, Unterrichtsveranstaltungen am Nachmittag stattfinden zu lassen. Diese sollten den Schülern jedoch keine Hausaufgaben erteilen, um weiterhin Raum für Freizeit zu lassen.

1.6 Grundsätzliches Bildungsverständnis

Aus Sicht der Schüler Union Bremen ist es ein Hauptziel von Schule die Charakterbildung der Schüler zu fördern. So soll die Schulbildung dezidiert darauf ausgerichtet sein, die Jugendlichen zu eigenständigen, ihr Umfeld reflektierenden und

kritisch hinterfragenden Individuen auszubilden. Indes sollte der Unterricht auch insbesondere darauf abzielen, dass den Schülern die freiheitlich demokratischen Werte unserer Gesellschaft nahegebracht werden. Hierbei müssen die Schüler auch eine allgemeine politische Bildung erfahren, damit sie in der Lage sind, durch ihre individuelle Einflussnahme an der politisch gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands als mündige Bürger teilzuhaben. Dies soll die Jugendlichen auch gegenüber Populismus sensibilisieren und verhindern, dass sie politikverdrossen und unmündig die Ressentiments der Populisten tragen. Diese Erziehung, sowie die Vermittlung dieser allgemeinbildenden Inhalte erachten wir insbesondere als prioritär gegenüber einer zusätzlichen Ausrichtung der Schule auf spezielle berufsbildende Inhalte.

2. Benotung

2.1 Notensysteme

Die Stärken und Schwächen eines jeden Schülers sind individuell, daher ist die Benotung der erbrachten Leistung durch ein Notensystem umso wichtiger. Durch die Einteilung dieser in vereinheitlichte Raster bildet das Notensystem die Grundlage für ein faires, kritisches und gleichzeitig vergleichbares Feedback an alle Schüler. Die Schüler Union befürwortet die Einführung der Benotung von Schülern ab Klasse 3 bis Klasse 9 durch das Ziffernsystem von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) und die weitere Benotung von Klasse 10 bis zum Abitur durch das Punktesystem. Das Verhalten eines jeden Schülers soll hierbei mindestens bis zur 10. Klasse separat dokumentiert werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Eltern und Kind über die Rezeption des Arbeits- und Sozialverhaltens des Schülers während des Unterrichts in Kenntnis gesetzt werden. Hierbei darf diese Dokumentation nicht als Auswahlkriterium bei Schulwechseln genutzt werden oder im Abschlusszeugnis erscheinen.

3. Gymnasiale Oberstufe

3.1 Oberstufenstruktur

Die Schüler Union spricht sich für die Beibehaltung der Profiloberstufen aus. Interdisziplinäres Lernen ist sinnvoll, da hierbei den Schülern inhaltliche Verbindungen

zwischen Fächern intensiver verdeutlicht und komplexe Themen für Schüler leichter zugänglich gemacht werden, was sich letztendlich in besseren Lernerfolgen widerspiegelt. Hierbei ist es jedoch wichtig das Lernpensum der betroffenen Fächer nicht zu verringern und die tatsächliche Vereinbarkeit der Lerninhalte zu prüfen.

3.2 Verpflichtende Projektarbeit

Das Recherchieren und Verschriftlichen eigener Projekte, das Erstellen von Präsentationen sowie die Fähigkeit der mündlichen Projektpräsentation haben einen hohen Stellenwert im späteren Studien- und Berufsleben. Deshalb erachten wir es als notwendig, diese Kompetenzen bereits in der Oberstufe durch eine, für die Erlangung des Abiturs verpflichtende, Projektarbeit zu vertiefen.

3.3 Abitur

Um das langfristige Ziel eines bundesweiten Zentralabiturs zu erreichen, muss dies zunächst schnellstmöglich auf Landesebene zunächst in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und den Fremdsprachen sowie dem Profulfach erfolgen und anschließend auf weitere Fächer erweitert werden. Damit die Objektivität der Bewertungen zukünftig wirklich gewährleistet ist, sprechen wir uns hier ebenfalls für eine zentrale Bewertung aus. Dies bedeutet die Anonymisierung der schriftlichen Prüfungen sowie die Zweitkorrektur durch schulfremde Fachlehrer. Bei mündlichen Prüfungen soll ein schulfremder Fachlehrer der Prüfungskommission beisitzen.

4. Sprache und Integration

4.1 Integration

Bremen ist bundesweit das Land mit dem zweithöchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Daher ist die erfolgreiche Integration von Kindern aus Einwandererfamilien ein wichtiger Aspekt der schulischen Bildung in Bremen. Kommunikation ist hier ein Schlüsselpunkt. Um diese zu erleichtern und um allen Schülern gleiche Bildungschancen zu ermöglichen, fordern wir verpflichtenden Sprachunterricht, wenn kommunikative Defizite auffallen sollten.

Maßgeblich für die Bildung und Erziehung der Kinder sind die Eltern. Daher sollten auch für Eltern Sprachkurse angeboten werden, damit sie z.B. in der Lage sind, ihre

Kinder bei Hausaufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, die Eltern gezielt über das deutsche Schulsystem aufzuklären, damit sie ihre Kinder bei der Schulwahl unterstützen können.

5. Inklusion

Grundsätzlich befürwortet die Schüler Union die Inklusion. Im Einzelfall muss allerdings die soziale und intellektuelle Integrierbarkeit der von der Inklusion betroffenen Schüler überprüft werden, um zu gewährleisten, dass der gemeinsame Unterricht zielführend ist. Wichtig ist hier ebenfalls die finanzielle und personelle Ausstattung der Schulen. Eine Mangelumsetzung lehnen wir ab. Darüber hinaus sprechen wir uns für den Erhalt der Förderzentren Hören, Sehen und körperlichmotorische Entwicklung aus, da sie die Beschulung für alle Schüler ermöglichen, für die der Besuch der Regelschule nicht erfolgversprechend wäre.

6. Unterricht

6.1 Hochbegabtenförderung

Hochbegabung wird oftmals durch fehlende Sensibilisierung der Lehrkräfte nicht erkannt, wodurch eine angemessene, differenzierte Förderung und Forderung der Kinder nicht möglich ist. Deshalb befürworten wir vermehrte Fortbildungen der Lehrkräfte in diesem Bereich sowie die Empfehlung zur Durchführung eines Intelligenztests, sollte Hochbegabung vermutet werden.

6.2 Unterrichtsversorgung

Die personelle, infrastrukturelle und finanzielle Ausstattung in Bremens Schulen muss in Zukunft mindestens dem Bundesdurchschnitt entsprechen. Hierzu werden ausreichende Investitionen und keine weitere Einsparungen im Bildungsbereich benötigt. Um die Schüler optimal auf das Erreichen eines bestmöglichen Schulabschlusses vorzubereiten, ist es unverzichtbar, dass zumindest die durch die Lehrpläne festgelegten Unterrichtsinhalte vermittelt werden und nicht durch Stundenausfälle, essentielle Unterrichtsthemen wegfallen. Daher müssen genug

Lehrkräfte zur Verfügung stehen um übermäßig viele Stundenausfälle zu vermeiden. Hierzu sollten ggf. weitere Lehrkräfte eingestellt werden, wenn ansonsten das angestammte Lehrpersonal überlastet wird.

6.3 Unterrichtsqualität

Im Rahmen gegebener Finanzierbarkeit befürwortet die Schüler Union die Bildung kleinerer Klassen und Lernverbände. Diese soll nicht zur Überlastung der Lehrkräfte führen, sondern ggf. durch Neueinstellungen von Lehrpersonal geleistet werden. Langfristig fordern wir eine Klassengröße von maximal 20 Schülern. Dies hat positive Auswirkungen auf die Fairness der Benotungsverfahren und das Lernklima, da Lehrer intensiver mit den Einzelbedürfnissen der Schüler konfrontiert sind und besser auf diese eingehen können.

6.4 MINT-Förderung

Um dem Fachkräftemangel insbesondere in den Bereichen Technik und Informatik entgegenzuwirken, sind wir der Meinung, dass es eine Aufgabe der Schulen sein muss, die MINT-Fächer und MINT-Projekte wie z.B. "Jugend forscht" weiterhin zu fördern. Hierbei ist es wichtig, dass "MINT-Auszeichnungen" nicht nur die Fassaden der Schulen schmücken, sondern dass diese von offizieller Stelle auf ihre "MINT-Kompetenz" geprüft werden. Kooperationen mit Forschungseinrichtungen, insbesondere im Bereich der Meeres- und Umweltforschung, aber auch mit der Universität und Hochschule, müssen durch das Land Bremen gefördert werden, um Jugendlichen die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Bremen bewusst zu machen.

6.4 Ausbau der Nutzung von E-Learning

Bremer Schulen dürfen nicht am rasanten Fortschritt der Forschung und Technik vorbeilaufen. Der Einsatz von elektronischen und digitalen Medien muss umfangreich in den Unterrichtsalltag eingebunden werden, um erforderliche Medienkenntnisse für das Leben nach der Schule zu erlernen. Wichtig hierbei ist ebenfalls, dass Lehrpersonal gleichermaßen fortgebildet wird. Grundkenntnisse sollten der sichere und effiziente Umgang mit dem Internet und Office Programmen sein. Darüber hinaus verstößt das aktuell verbreitete, allgemeine Verbot von Mobiltelefonen an Schulen

gegen das Grundgesetz, da es im direkten Konflikt zum Recht auf persönliche Entfaltung steht. Smartphones und Tablets können im Unterricht alternativen zu teuren E-Dictionaries, Taschenrechnern oder Netbooks sein. Nutzungsmöglichkeiten für Klassenarbeiten und Klausuren sollten überprüft werden.

6.5 Europa

In einem von Krisen geplagten Europa kommt es durch Politik und Medien tagtäglich zu Zweifeln an den Grundwerten der Europäischen Union: Solidarität, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Politik,- Geschichts- und Sozialkundeunterricht müssen ausreichend über diese Werte sowie die politischen und wirtschaftlichen Strukturen der Europäischen Union informieren. Der Austausch zwischen den Kulturen Europas darf nicht nur durch Projekte wie die "Europawoche" geschehen, sondern als aktive Diskussion unter Schülern. Dieser kann z.B. in Form eines EU Auslandsjahres geschehen, welches durch unterschiedliche Programme wie Erasmus+ oder die Nationale Agentur des Pädagogischen Dienstes auch Kindern aus sozialschwächeren Familien ermöglicht werden kann. Hierbei schließen wir uns der Forderung der Schüler Union Deutschlands an, eine Informationspflicht über diese finanziellen Förderungsprogramme einzuführen.